DEUTSCHLAND AGRARPOLITIK

Scheitern von Jamaika als verpasste Chance für die Agrarwirtschaft

DRV-Präsident Holzenkamp: Jamaika hätte die Möglichkeit geboten, die Auseinandersetzung über Landwirtschaft zu befrieden - Derzeitige politische Unsicherheit beeinträchtigt die Land- und Ernährungswirtschaft - Hoffnung auf Große Koalition - Vereinbarungen der Jamaika-Sondierung spielen weiterhin eine Rolle - Breiter gesellschaftlicher Dialog zur Zukunft der Nutztierhaltung notwendig

BERLIN. Enttäuscht vom Scheitern der Jamaika-Sondierung zeigt sich der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp. Seiner Einschätzung nach hätte eine Koalition aus Union, FDP und Grünen zumindest die Möglichkeit eröffnet, die polarisierte Auseinandersetzung über die Landwirtschaft zu befrieden. Im Interview mit AGRA-EUROPE spricht Holzenkamp von einer "verpassten Chance". Der Raiffeisenpräsident beklagt die Verunsicherung, die nun weiter andauern werde und die gravierende Auswirkungen nicht zuletzt auf die Unternehmen der Agrarwirtschaft habe. Betroffen sei insbesondere die Nutztierhaltung, die bereits jetzt unter einem erheblichen Investitionsstau leide. Holzenkamp appelliert an die verantwortlichen Politiker von Union und SPD, möglichst zügig einen neuen Anlauf zur Bildung einer Großen Koalition zu unternehmen. Neuwahlen wären seiner Auffassung nach hingegen "die schlechteste aller Möglichkeiten". Der ehemalige langjährige Bundestagsabgeordnete geht davon aus, dass die im Rahmen der Jamaika-Sondierung erreichten Verhandlungsergebnisse für den Agrarbereich auch in einer anderen Konstellation eine Rolle spielen werden. Die erzielten Vereinbarungen spiegelten ein Stück weit den gesellschaftlichen Druck wider.

Enquetekommission als möglicher Weg

Die Politik sieht Holzenkamp nach wie vor dringend gefordert, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland zu initiieren. Er bringt dafür erneut die Einrichtung einer Enquetekommission ins Spiel, über die bereits in der vergangenen Legislaturperiode gesprochen worden war. Nicht von vornherein ablehnend zeigt sich der DRV-Präsident gegenüber einer verbindlichen Haltungskennzeichnung für Fleisch: "Wenn entsprechende Vorschläge auf dem Tisch liegen, werden wir uns damit eingehend beschäftigen." Ob dies umgesetzt werden könne, hänge von der konkreten Ausgestaltung ab. Entschieden weist Holzenkamp Versuche der politischen Einflussnahme auf die Gestaltung der Milchlieferbeziehungen zurück: "Staatliche Eingriffe in die Vertragsfreiheit und Autonomie der Genossenschaften lehnen wir kategorisch ab." Nicht in Frage gestellt werden dürfe der Agrarexport, fordert Holzenkamp. Dazu zählten auch die Drittlandsaufuhren, die in kaufkräftige Industrieund Schwellenländer gingen. Außer Frage steht für den Verbandspräsidenten, dass der Export in Einklang mit entwicklungspolitischen Grundsätzen erfolgen müsse. Die Zuständigkeit für den Agrarexport sollte laut Holzenkamp künftig in einem starken Bundesministerium für ländliche Räume liegen.

Neuwahlen wären die schlechteste aller Möglichkeiten

Der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp, über die vertane Chance einer Jamaika-Koalition, seine Erwartungen an Union und SPD sowie die Bedeutung eines breiten Konsens zur Nutztierhaltung in Deutschland

AGRA-EUROPE: Sie hatten bereits kurz nach der Bundestagswahl davor gewarnt, es dürfe keine Hängepartie bei der Regierungsbildung geben. Das war Ende September. Jetzt haben wir Ende November, und eine Regierung ist weit und breit nicht in Sicht. Was bedeutet das für die Agrarwirtschaft?

Holzenkamp: Die Verunsicherung in den Unternehmen der Agrarwirtschaft dauert an und wird umso größer, je länger die weitere politische Entwicklung ungewiss ist. Verunsicherung führt zu Investitionsstau, weil die Unternehmer nicht wissen, wohin die Reise geht. Das gilt besonders für die Nutztierhaltung, wo wir bereits jetzt einen enormen Investitionsstau haben.

AGRA-EUROPE: Keine neue Regierung bedeutet auch keine Politikänderung, also keine neuen Anforderungen, keine zusätzlichen Auflagen, keine Rechtsänderungen. Das muss ja nicht schlecht sein...

Holzenkamp: Das Argument höre ich gelegentlich, ist aber viel zu kurz gedacht. Investitionen sind in der Land- und Agrarwirtschaft langfristige Entscheidungen; sehr oft sind sie Generationsentscheidungen. Voraussetzung dafür muss deshalb sein, dass die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre klar definiert sind. Stillstand in Regierung und Gesetzgebung ist daher Gift für die Wirtschaft.

AGRA-EUROPE: Wie sollte es nach Ihrer Meinung jetzt weitergehen?

Holzenkamp: Neuwahlen wären die schlechteste aller Möglichkeiten. Wir haben ein Wahlergebnis, und die demokratischen Parteien müssen in der Lage sein, auf dieser Grundlage eine Regierung zu bilden. Eine Minderheitsregierung halte ich für nicht geeignet, weil sich damit die für Deutschland als größtes EU-Land unerlässliche Stabilität und Verlässlichkeit nicht gewährleisten ließe. Bleibt die Große Koalition. Ich hoffe, dass den Verantwortlichen der Ernst der Lage bewusst ist und sie es schaffen, tragfähige Kompromisse zeitnah zu vereinbaren.

AGRA-EUROPE: Dient Niedersachsen als Vorbild?

Holzenkamp: Warum nicht? Dort ist es den beiden Parteivorsitzenden gelungen, sich sehr schnell zu verständigen, und das trotz heftiger Auseinandersetzungen in der Vergangenheit. Also, Wahlergebnisse ernst nehmen, die Vergangenheit ruhen lassen, nach vorn schauen und gemeinsam Lösungen auf den Weg bringen das sind meines Erachtens wichtige Lehren, die man aus der Regierungsbildung in Hannover ziehen kann.

AGRA-EUROPE: Ist das Scheitern von Jamaika eine verpasste Chance für die Agrarwirtschaft?

Holzenkamp: Jamaika hätte zumindest die Möglichkeit eröffnet, die polarisierte Auseinandersetzung um die Landwirtschaft zu befrieden und die Diskussion zu versachlichen. Gleichzeitig hätte man gemeinsam Vorstellungen entwickeln können, wie man den veränderten Ansprüchen der Gesellschaft an die Landwirtschaft gerecht wird, ohne die wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus den Augen zu verlieren. Es ist schade, dass dieser Weg jetzt nicht beschritten wird, wenn Sie so wollen, eine verpasste Chance.

AGRA-EUROPE: Union, FDP und Grüne sind sich in den Sondierungen zur Landwirtschaft einig geworden. Wird man in künftigen Koalitionsverhandlungen dahinter zurückbleiben, unabhängig davon, wer am Tisch sitzt?

Holzenkamp: Nach meiner politischen Erfahrung würde das sehr schwierig sein, nicht zuletzt, weil die Vereinbarungen ein Stück weit den gesellschaftlichen Druck widerspiegeln. Allerdings sind die Aussagen zur Landwirtschaft im Sondierungspapier teilweise noch interpretierbar.

AGRA-EUROPE: Die weitgehende Unabhängigkeit von der Betriebsgröße führe bei den Direktzahlungen zu "Unwuchten", heißt es in dem Sondierungspapier. Müssen sich die Agrargenossenschaften, die Sie vertreten, auf Kappung und Degression einstellen?

Holzenkamp: Agrargenossenschaften haben als Mehrfamilienbetriebe einen festen Platz in unserer Agrarstruktur. Sie können eine Antwort auf den fortschreitenden Strukturwandel darstellen. Sie haben wichtige Funktionen in den Dörfern und sind für die ländlichen Räume insbesondere in Ostdeutschland, unverzichtbar. Agrargenossenschaften sind damit gänzlich anders zu bewerten als eine Kapitalgesellschaft, die von Köln, München, Berlin oder sonst wo aus geführt wird. Dem muss auch in der künftigen Ausgestaltung der Direktzahlungen Rechnung getragen werden.

AGRA-EUROPE: Wie?

Holzenkamp: Darüber wird man noch intensiv nachdenken müssen. Eine Möglichkeit könnte sein, dass bei einer Degression der Direktzahlungen, wenn sie denn käme, die Beschäftigtenzahl in den Betrieben berücksichtigt wird. Dass es Einwände dagegen gibt, ist mir bewusst. Wir brauchen eine tragfähige Abgrenzung zwischen anonymen Kapitalgesellschaften und den vor Ort verankerten Agrargenossenschaften. Deren Existenz darf nicht in Frage gestellt werden. Dafür werden wir mit allem Nachdruck kämpfen.

AGRA-EUROPE: Welche Strategie werden Sie als Verband verfolgen? Fundamentalopposition gegen jegliche Modelle einer weiteren Differenzierung der Direktzahlungen, oder werden Sie eigene Vorschläge vorlegen?

Holzenkamp: Es gibt rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Eine solche rote Linie stellt für mich eine bloße Umverteilung dar, um damit einer bestimmten Klientel gerecht zu werden. Wir wehren uns auch entschieden gegen eine pauschale Groß-Klein-Diskussion. Jenseits dieser Grundsätze lehrt mich meine Erfahrung, dass es besser ist, sich konstruktiv in die politische Meinungsfindung einzuschalten, als sich zu verweigern.

AGRA-EUROPE: Die Diskussion um die GAP nach 2020 nimmt allmählich Fahrt auf. Agrarkommissar Hogan wird in dieser Woche seine Überlegungen vorstellen. Was bedeutet es, dass die Bundesregierung derzeit nicht sprechfähig ist?

Holzenkamp: Ich halte das für verheerend, wenn das größte Land der Europäischen Union in einer zentralen Frage nicht aussagefähig ist. Ich sehe die große Gefahr, dass deutsche Interessen derzeit nicht hinreichend geltend gemacht werden. Umso wichtiger ist es, dass wir so schnell wie möglich eine handlungsfähige Bundesregierung bekommen.

AGRA-EUROPE: Die Jamaika-Sondierer wollten Deutschland zum "Trendsetter" beim Tierwohl machen. Bedeutet das, bei den Vorgaben hierzulande auch über EU-Recht hinauszugehen? Holzenkamp: Ich schließe nicht aus, dass wir aufgrund der gesellschaftlichen Erwartungen in Deutschland zu Standards für die Nutztierhaltung kommen, die über gesetzliche Standards hinausgehen. Voraussetzung ist allerdings: Sie müssen über den heimischen Absatzmarkt verlässlich finanziert werden. Nur so werden wir die Nutztierhaltung in Deutschland sichern. Das muss der Maßstab für mögliche Änderungen im Bereich der Veredlung sein

AGRA-EUROPE: Was erwarten Sie von der künftigen Bundesregierung, um den angestrebten "gesellschaftlichen Konsens" zur Nutztierhaltung zu erreichen?

Holzenkamp: Politik muss einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland initiieren. Meines Erachtens sollte das über das Parlament laufen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode über eine Enquetekommission zur Nutztierhaltung gesprochen. Ich kann nur dazu raten, diese Idee wieder aufzugreifen, und zwar möglichst früh in der laufenden Legislaturperiode.

AGRA-EUROPE: Welchen Beitrag leistet der DRV zur gesellschaftlichen Diskussion?

Holzenkamp: Der DRV bringt sich seit Jahren in die öffentliche Debatte ein und wird dies künftig noch intensiver tun. Wir haben beispielsweise das Thema "Tiertransporte" aufgegriffen und gezielt in die Öffentlichkeit gebracht. Wir sind aktiver Partner im Forum Moderne Landwirtschaft, das für den Dialog und die Aufklärung der Menschen über Land- und Ernährungswirtschaft eine wichtige Rolle spielt.

AGRA-EUROPE: Reicht Aufklärung, oder muss die Branche nicht auch stärker Veränderungsbereitschaft signalisieren?

Holzenkamp: Beides ist wichtig. Wir müssen erklären, wo wir herkommen, warum wir heute da stehen, wo wir stehen. Gleichzeitig müssen wir offen sein gegenüber Veränderungen und sie aktiv gestalten. Dabei müssen wir aber auch immer wieder deutlich machen, dass solche gesellschaftlich gewünschten Veränderungen Geld kosten, das nicht aus der Branche heraus aufgebracht werden kann. Das ist die eigentliche Herausforderung: Höhere Standards müssen praktikabel sein und sie müssen verlässlich finanziert werden. Welcher junge Landwirt oder welche junge Landwirtin nimmt denn Geld in die Hand für eine Investition auf 20 Jahre, wenn er oder sie nicht weiß, ob das in drei oder fünf Jahren überhaupt noch seine Daseinsberechtigung hat? Und ohne diese Investitionen der Landwirte gibt es auch keine Investitionen in den vor- und nachgelagerten Bereichen.

AGRA-EUROPE: Was tut die Fleischwirtschaft, um diese Sicherheit zu gewährleisten?

Holzenkamp: Der DRV ist einer der Initiatoren und Träger der Initiative Tierwohl, in der wir aktiv mitarbeiten und die wir nach Kräften unterstützen. Die Entwicklung der Brancheninitiative zeigt die große Bereitschaft der Landwirte, mehr zu tun, um die Signale aus der Gesellschaft aufzunehmen. Nachdem die Finanzierung für die kommenden drei Jahre gesichert ist, müssen wir uns nun darum bemühen, eine mittel- und längerfristig tragfähige Lösung zu schaffen, die mit dem Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Daran arbeiten wir.

AGRA-EUROPE: Der Umbau der Tierhaltung erfordert erhebliche Mittel, die mit der Initiative Tierwohl nicht zu stemmen sein werden. Was halten Sie von einer Abgabe auf tieri-

sche Erzeugnisse, wie sie von kompetenter Seite ins Gespräch gebracht worden ist?

Holzenkamp: Nichts. Ich habe mich mein Leben lang gegen Zwangsabgaben ausgesprochen, weil ich der Auffassung bin, es ist besser jemanden zu überzeugen, als ihn mit einer Zwangsabgabe zu behelligen. Wenn es der Branche gelingen sollte, sich auf bestimmte Standards zu einigen, ist das ein besserer Weg als wenn die Politik ihn vorgibt. Ich weiß, dass sich die Branche mit einem solchen Ansatz schwer tut. Dennoch sollten wir alles daran setzen, hier zu einer Lösung zu kommen. Politische Begleitung könnte dabei sehr förderlich sein.

AGRA-EUROPE: Was bedeutet das?

Holzenkamp: Es geht darum, das angestrebte staatliche Tierwohllabel so auszugestalten, dass es letzten Endes mit der Brancheninitiative Tierwohl verknüpft wird. Politik und Wirtschaft müssen sich darüber verständigen, wie das zu bewerkstelligen ist.

AGRA-EUROPE: Die Jamaika-Sondierer waren übereingekommen, das freiwillige Tierwohllabel in eine verbindliche Haltungskennzeichnung zu überführen. Was halten Sie davon?

Holzenkamp: Ich schließe einen solchen Weg nicht von vornherein aus. Wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber. Wenn entsprechende Vorschläge auf dem Tisch liegen, werden wir uns damit eingehend befassen.

AGRA-EUROPE: Bisher kamen aus der Fleischwirtschaft gravierende Zweifel an der Umsetzbarkeit einer Haltungskennzeichnung, nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeit, die vielen Teilstücke mit ihrer unterschiedlichen Verwertung zu kennzeichnen. Teilen Sie diese Vorbehalte?

Holzenkamp: Es kommt auf die konkrete Ausgestaltung an. Auch hier steckt der Teufel im Detail. Man wird sehen, wie messerscharf die Trennung vorgenommen werden kann. Es geht darum, praxistaugliche Lösungen zu entwickeln, die in allen Strukturen tragfähig sind. Ich halte das grundsätzlich für machbar. Wir können uns nicht von vornherein verschließen, denn wir müssen weiterkommen.

AGRA-EUROPE: Immer wieder in der Diskussion ist der Agrarexport. Teilen Sie die Kritik von Seiten der Entwicklungspolitik?

Holzenkamp: Fakt ist, dass der Export - und zwar auch in Drittländer - für unsere Branche überlebensnotwendig ist. Dass der Export im Einklang mit entwicklungspolitischen Grundsätzen erfolgen muss, steht für mich außer Frage. Wir wollen keine Strukturen in Entwicklungsländern kaputt machen und damit die deutsche Entwicklungspolitik hintertreiben. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass Drittlandsexporte in kaufkräftige Industrie- und Schwellenländer gehen. Es bedarf auf jeden Fall einer Abstimmung zwischen den zuständigen Ressorts darüber, was geht und was nicht.

AGRA-EUROPE: Ihr Vorgänger im Präsidentenamt hatte dem Bundeslandwirtschaftsministerium vorgeworfen, mit dem Agrarexport zu fremdeln und ihn nur halbherzig zu unterstützen. Daher hatte er gefordert, die Zuständigkeit vom Bundeslandwirtschaftsministerium in das Wirtschaftsministerium zu übertragen. Teilen Sie diese Auffassung?

Holzenkamp: Ich wünsche mir ein starkes Bundesministerium für ländliche Räume, das breiter aufgestellt ist als bisher. Der Export ist nach meiner Überzeugung in einem solchen Ressort gut aufgehoben. Ich erkenne an, dass Deutschland Fortschritte gemacht hat, wie die steigenden Ausfuhren zeigen. Richtig ist, dass die Bundesregierung vor allem als Türöffner gefordert bleibt und die veterinärrechtlichen und phytosanitären Voraussetzungen für Ausfuhren in Drittländer zeitnah schaffen muss. Derzeit ist die deutsche Agrarwirtschaft sehr stark von wenigen Importländern abhängig. Das müssen wir ändern. Wir müssen von geopolitischen Ereignissen unabhängiger werden.

AGRA-EUROPE: Sehen Sie die genossenschaftliche Fleischwirtschaft gut genug aufgestellt, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten?

Holzenkamp: Darauf gibt es keine pauschale Antwort. Die Unternehmen sind sehr unterschiedlich aufgestellt, weil sie unterschiedliche Zielgruppen haben. Das hat mit ihrer jeweiligen Betriebsgröße, Tradition und auch der geographischen Lage zu tun. Ich kenne genossenschaftliche Vermarktungsunternehmen, die auch international exzellent unterwegs sind. Andere haben noch Luft nach oben.

AGRA-EUROPE: Wie sehen Sie die Aufgaben des Raiffeisenverbandes, wenn es um weitere Strukturveränderungen geht?

Holzenkamp: Wir sind im ständigen Dialog mit unseren Mitgliedsunternehmen über strukturelle Fragen und Veränderungen. Allein die Digitalisierung führt dazu, dass sich auf allen Ebenen Strukturen und Prozesse rasant verändern. Ob daraus Unternehmenskooperationen oder die eine oder andere Fusion entsteht, können und wollen wir als Verband weder vorgeben noch anstoßen. Entscheiden müssen das die Unternehmen und ihre Mitglieder selbst.

AGRA-EUROPE: Die Diskussion um eine Neugestaltung der Milchlieferbeziehungen ist in den Hintergrund getreten. Hat die Marktentwicklung den Reformeifer erlahmen lassen?

Holzenkamp: Das kann ich nicht feststellen. Die Interessengemeinschaft Milch, die sich unter dem Dach des DRV gebildet hat, arbeitet intensiv an diesem Thema. Ehrenamtliche Vertreter, also aktive Milcherzeuger, die in genossenschaftlichen Molkereien Verantwortung tragen, loten die Möglichkeiten aus, die Lieferbeziehungen zu modernisieren, damit Erzeuger und Molkereien gleichermaßen davon profitieren. Dabei ist klar: Dies muss die Milchwirtschaft eigenverantwortlich regeln, nicht der Staat. Wir wehren uns gegen jegliche Versuche, dass der Staat hier Vorgaben machen will. Es gibt nicht den Königsweg, wie mit Marktvolatilitäten umzugehen ist. Es gilt daher, auf der Unternehmensebene die passenden, wirksamen Instrumente zu finden. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Staatliche Eingriffe in die Vertragsfreiheit und Autonomie der Genossenschaften lehnen wir kategorisch ab.

AGRA-EUROPE: Die Defizite sind sowohl im Milchbericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums als auch in den Empfehlungen des Bundeskartellamts aufgeführt. Die könnte man doch einfach heranziehen und sich auf der Grundlage an die Arbeit machen...

Holzenkamp: Wir bezweifeln, dass die Vorschläge des Bundeskartellamts etwas bringen. Wir sind auch nicht davon überzeugt, dass die Analyse des Bundeslandwirtschaftsministeriums den Kern des Problems erfasst. Beispielsweise ist nicht nachzuvollziehen, dass Einzelverträge zwischen Molkerei und

Erzeuger an die Stelle von Regelungen in den Satzungen treten sollen, mit denen beide Seiten gute Erfahrungen gemacht haben. Läuft das etwa auf eine neue Mengenregulierung hinaus, mit dem Unterschied, dass in Zukunft nicht mehr dem Staat die Umsetzung obliegt, sondern den Molkereien? Das kann nach meiner Überzeugung nicht funktionieren.

AGRA-EUROPE: Der genossenschaftliche Molkereisektor steht unter massivem Anpassungsdruck. Was tut der DRV?

Holzenkamp: Auch hier gilt, dass wir unsere Mitgliedsunternehmen begleiten und beraten, ihnen aber nichts vorschreiben. Klar ist, dass es weitere Strukturveränderungen geben wird. Wie die im Detail aussehen, müssen die Akteure und Genossenschaftsmitglieder vor Ort entscheiden. Wir stehen auf jeden Fall mit Rat und Tat zur Seite. Zudem führen wir seit geraumer Zeit erfolgreich Schulungen zum Risikomanagement und zum Thema Warentermingeschäfte durch. Diese Seminare finden großen Anklang.

AGRA-EUROPE: Sie sind seit fünf Monaten Raiffeisen-Präsident. Wie fällt Ihre Bilanz aus?

Holzenkamp: Ich habe kennengelernt, wie breit der DRV aufgestellt ist. Das Motto "Vom Schwein bis zum Wein" ist mir

inzwischen sehr gegenwärtig. Ich habe eine hervorragend funktionierende Geschäftsstelle mit exzellenten Fachleuten vorgefunden, die offen und ohne Denkverbote die anstehenden Fragen diskutleren.

AGRA-EUROPE: Was sind die wesentlichen Herausforderungen der nächsten Jahre?

Holzenkamp: Die Digitalisierung wird alle Bereiche - von internen Prozessen über Organisationsstrukturen bis zu den Beziehungen vom Unternehmen zu seinen Mitgliedern und Kunden - revolutionieren. Daneben sehe ich eine vorrangige Aufgabe darin, den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen an die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte gerecht zu werden. Die Globalisierung bleibt eine weitere Herausforderung, auf die wir, auf die jedes Unternehmen rasch Antworten finden muss. Schließlich müssen wir als genossenschaftliche Unternehmen unserer Verantwortung für lebensfähige ländliche Räume gerecht werden. Als Voraussetzung dafür gilt es, die Genossenschaften in allen Sparten wetterfest und für die Zukunft fit zu machen.

AGRA-EUROPE: Vielen Dank für das Gespräch.

AgE